

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
14.10.2008

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:30 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 20:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Gemkow
Frau Kammeier
Herr Langeworth (ab 18.00 Uhr)
Herr Michael Weber
Herr Dr. Zillies

SPD

Herr Donath
Frau Dreeßen
Herr Garbrecht
Frau Pohlreich
Herr Heinz-Joachim Weber (bis 19.30 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Buschmann (bis 18.50 Uhr)

Beratende Mitglieder

Frau Acar-Gökce Migrationsrat
Frau Huber Seniorenrat
Herr Winkelmann Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5
Beigeordnete Frau Ritschel Dezernat 3
Frau Schulz Amt für soziale Leistungen

Herr Wörmann Stab Dezernat 5
Frau Krutwage Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Schriftführung
Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage Herrn Weber (SPD) nachträglich zu seinem 60. Geburtstag. Anschließend begrüßt sie die Anwesenden und stellt die form- und frist-gerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 45. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.09.2008

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 45.Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 09.09.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Wirksame Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit einem Anspruch auf Leistungen des SGB II (sog. SGB II- Kunden), hier: Schreiben der AGBI e. V. vom 15.09.2008

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf das mit der Einladung versandte Schreiben.

Zu Punkt 2.2 Patientenverfügung und Gesundheitsfürsorge

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Frau Schulz verweist auf die als Tischvorlage verteilte Einladung zur Po-

diumsdiskussion am Dienstag, den 04.11.2008, 18.00 bis 20.30 Uhr, im Murnau-Saal der VHS Bielefeld (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 2.3 **1. Bielefeld Präventionstag**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage informiert über den 1. Bielefelder Präventionstag. Er findet am 25.10.2008 in der Universität Bielefeld statt.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 **Ausbau der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beigeordneter Herr Kähler teilt mit, dass es durch Hinterfragung der Finanzierungsleistungen zu Verzögerungen gekommen sei. Bis Ende 2008 solle eine Einigung der teilnehmenden Kreise und Gemeinden erzielt werden, um den geschlossenen Ausbau umsetzen zu können. Herr Garbrecht verweist auf die Berichterstattung von Herrn Prof. Dr. Jebens und kritisiert, dass die Aufnahme der Bettenaufstockung im Krankenhausbedarfsplan 1 ½ Jahre dauere. Gleichzeitig sehe er die Glaubwürdigkeit gefährdet, wenn die bereits beschlossene Aufstockung bis heute nicht umgesetzt werden könne und gleichzeitig eine weitere Aufstockung beantragt würde. Er stelle sich in dieser Angelegenheit die Frage, wer die politische Verantwortung übernehmen werde, wenn in der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik etwas geschehe. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage schließt sich den Ausführungen an.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Anzahl, Arbeitsfelder, Arbeitgeber bezüglich der Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 SGB II - Beantwortung-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5784/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort. Es gibt keine Nachfragen.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Zielvereinbarung und/oder Handlungsempfehlungen und/oder Geschäftsanweisungen der Bundesagentur für Arbeit an die ARGE bzw. Arbeitplus -Beantwortung-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5783/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort. Es gibt keine Nachfragen.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Erwerbslose im Alter von 60 Jahren und das Thema "Zwangsv-
rentung" -Beantwortung-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5785/2004-2009

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort. Es gibt keine Nachfragen.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **NRW Gesundheits- und Arbeitsschutz in der Fläche notwendig -
Standort des "LIGA" in der Gesundheitsregion OWL erhalten**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5944/2004-2009

Herr Garbrecht begründet seinen Antrag auf eine gemeinsame Resolution mit der Entscheidung der nordrhein-westfälischen Regierung, einen geplanten Gesundheitscampus im Ruhrgebiet anzusiedeln. Kern werde eine neue Fachhochschule für Berufe im Gesundheitswesen sein. Dazu würden die in Bielefeld, Münster und Krefeld ansässigen Einrichtungen an den neuen Standort konzentriert werden. Dieses neu geschaffene Kompetenzzentrum „Gesundheit“ solle die Einrichtungen und Kliniken in Nordrhein-Westfalen miteinander vernetzen. Er drückt sein Unverständnis darüber aus, dass die gewachsene Gesundheitsregion Ostwestfalen-Lippe von dem Wettbewerb um den Sitz des Gesundheitscampus ausgeschlossen werde. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage unterstützt die Ausführungen von Herrn Garbrecht und merkt an, dass sich die Region gut aufstellen und repräsentieren müsse. Beigeordnete Frau Ritschel bestätigt die inhaltlichen Ausführungen und hofft durch eine Darstellung der bereits bestehenden Vernetzungen und der Standortstärken, dass sich in diesem Bereich noch etwas bewege. Herr Weber (CDU) schließt sich der Auffassung von Herrn Garbrecht an und sieht die Stellungnahme des Oberbürgermeisters als abschließend an. Von Seiten der CDU-Fraktion gäbe es keine Änderungswünsche. Herr Buschmann kritisiert die Entscheidung zugunsten des strukturschwachen Ruhrgebietes dahingehend, dass eine seit langen Jahren anerkannte Gesundheitsregion ausgeschlossen werde.

Frau Gemkow nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt folgende ge-

meinsame Resolution:

Gesundheits- und Arbeitsschutz in der Fläche notwendig – Standort des „LIGA“ in der Gesundheitsregion OWL erhalten

Ostwestfalen-Lippe ist eine außergewöhnliche Gesundheitsregion. In keiner anderen Region Nordrhein-Westfalens konzentrieren sich vergleichbar stark Angebote der Prävention, der Patientenversorgung, der Rehabilitation, der Forschung, des Gesundheitstourismus; also die gesamte Breite der Gesundheitswirtschaft. In Ostwestfalen-Lippe bestehen besondere Möglichkeiten in der Entwicklung gesundheitsförderlicher Lebensstile und präventiver Verhaltensmuster.

Alle wesentlichen Akteure in der Gesundheitswirtschaft arbeiten in Strukturen die zugleich Zusammenführen, Kompetenzen stärken und weiterentwickeln.

Die Gesundheitswirtschaft bildet daher ein wesentliches Potential für Ostwestfalen-Lippe und zählt zu den zentralen Kompetenzbereichen des Wirtschaftsraums Ostwestfalen-Lippe mit Chancen auf weiteres Wachstum.

Unsere Region:

- **wird in besonderer Weise durch Produktion und Dienstleistung rund um die Gesundheit geprägt**
- **konzentriert – wie keine andere – therapeutische, rehabilitative, pflegerische und präventive Angebote**
- **ist eine Region mit hoher medizinischer Spezialisierung**
- **verfügt über ein differenziertes und breit gefächertes Fachangebot in der medizinischen Versorgung**
- **charakterisiert eine lange gesundheits- und sozialorientierte Tradition in der Pflege und Betreuung chronisch Kranker**
- **ist Hauptsitz der beiden größten europäischen Gesundheits- und Sozialdienstleister der Diakonie**
- **wird auch als „Heilgarten Deutschlands“ bezeichnet**
- **ist - auch durch die räumliche Bündelung von Experten-Know-how aus Medizin und Pflege – ein attraktiver Standortfaktor für die Gesundheitswirtschaft**
- **weist eine Vielzahl an Forschungs-, Aus- und Weiterbildungsinstitutionen für den Bereich der Gesundheit auf**

Ein Bundesland von der Größe Nordrhein-Westfalens braucht im Bereich der Gesundheitswirtschaft leistungsfähige Regionen, verbunden mit regionalen Umsetzungsstrukturen, in die auch Landesinstitutionen ihre Kompetenz und ihr Know-how einbringen.

Neben den Hochschul- und Forschungseinrichtungen gehören dazu auch Landesinstitutionen wie das Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst (LÖGD).

Das LÖGD ist zum 1.1.2008 mit der bisherigen Landesanstalt für Arbeitsschutz (LAfA) zum Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit

zusammengeführt worden (LIGA).

Eine solche Zusammenführung mit den beiden Schwerpunkten "Zentrum für öffentliche Gesundheit" und "Zentrum für Gesundheit in der Arbeit" kann durchaus fachlich sinnvoll sein.

Gerade im Hinblick auf die unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkte - im "Zentrum für öffentliche Gesundheit" die Prävention, die Früherkennung gefährdeter Kinder, die Arzneimittelsicherheit, der Infektionsschutz und die Gesundheitsberichterstattung einerseits; beim "Zentrum für Gesundheit in der Arbeit" die Felder "Gesundheitsrisiken bei der Arbeit" sowie "gesundheitsgerechte Arbeitsgestaltung" andererseits - sind sie in besonderer Weise geeignet, in den Regionen, die in diesen Feldern Kompetenzen und Strukturen aufgebaut haben, verankert zu werden oder zu bleiben.

Ein dialogischer Prozess, der im Bereich der Entwicklung der Gesundheitswirtschaft angekündigt war, verkommt angesichts der von der Landesregierung verkündeten Absichten zur Sonntagsrede: Die von der Landesregierung NRW getroffene Entscheidung, das Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit auf einen noch zu errichtenden „Gesundheitscampus“ im Ruhrgebiet zu verlagern, trifft OWL als Gesundheitsregion ganz besonders.

Da alle Proteste und inhaltlichen Einwendungen an die Landesregierung bisher nicht zu einer Veränderung geführt haben, wenden wir uns an den Landesgesetzgeber, den Landtag von Nordrhein-Westfalen, und insbesondere an die Abgeordneten aus Ostwestfalen-Lippe:

- **Gesundheitswirtschaft braucht starke Regionen in einem großen Flächenland wie NRW- deshalb wenden wir uns gegen eine Schwächung der Gesundheitsregion OWL**
- **Gesundheits- und Arbeitsschutz muss in den Regionen wirksam sein. Er gewinnt dadurch vernetzte Strukturen, Stärke und Durchsetzungskraft für Bürger und Beschäftigte**
- **Gesundheits- und Arbeitsschutz braucht Vernetzung aber auch Ressourcen. Deshalb ist eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung notwendig.**

Die künftige Ausgestaltung des Gesundheitscampus ist noch nicht erkennbar.

Dass sich die Grundsatzentscheidung zum Gesundheitscampus in völligem Gegensatz zu den öffentlichen Festlegungen der Landesregierung befindet, kann nur mit Unverständnis registriert werden. Entgegen den Bekundungen, die Entwicklung der Gesundheitswirtschaft im Dialog mit den Regionen zu bestreiten und in einem am Wettbewerb ausgerichteten Verfahren zu entscheiden, findet derzeit das genaue Gegenteil statt.

Wenn der selbstgesetzte Grundsatz von öffentlicher Förderpolitik "Stärken stärken" sich umwandelt in "Stärken schwächen", ruft dieses Verhalten Widerstand und Protest hervor.

Auch die künftige Ausgestaltung der LIGA ist noch im Verfahren. Aufgabenkritik und Schwerpunktsetzung bestimmen derzeit die Agenda der LIGA.

Deshalb ergeht unser Appell an die Abgeordneten des Landtages: Nutzen Sie die anlaufenden Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2009, so dass ohne Vorfestlegungen eine ergebnisoffene Aufgabenkritik der LIGA erfolgen kann, die die Stärken der vorhandenen Standorte im Sinne optimaler Aufgabenerledigung und der Interessenlage der Beschäftigten im Blick hat.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 5 **Konzept Familienfreundliches Bielefeld Kommunale Handlungs- und Maßnahmefelder, 3. Lesung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2009/5396

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet zunächst um die Beschlussfassung über die Änderungsanträge unter TOP 5.1.

-.-.-

Zu Punkt 5.1 **Änderungsanträge**

Zu Punkt 5.1.1 **Änderungsantrag der BfB-Fraktion vom 06.10.2008**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Cascante-Maristany begründet den Antrag der BfB-Fraktion.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnt den Änderungsantrag der BfB-Fraktion zur Drucksachen-Nr. 2009/5396 ab.

-bei 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt-

-.-.-

Zu Punkt 5.1.2 **Übersicht der Änderungsvorschläge und -anregungen von Beiräten und Fraktionen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Beigeordneter Herr Kähler erläutert, dass die mit der Einladung versandte Übersicht alle eingegangenen Änderungsvorschläge und –anregungen enthalte. Diese Änderungen seien textlich noch nicht in die Beschlussvor-

lage eingearbeitet. Auf Nachfrage von Herrn Garbrecht bestätigt Beigeordneter Herr Kähler, dass es keine textlichen Formulierungen gebe, die sich in ihrer Bedeutung aufheben. Auf Nachfrage von Herr Weber (CDU) sagt Beigeordneter Herr Kähler zu, dass die Anfragen unter lfd. Nr. 20 und 21 bei der 1. Berichterstattung beantwortet würden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst daraufhin folgenden Gesamtbeschluss zur Drucksachen-Nr. 2009/5396:

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der in der Übersicht aufgeführten eingereichten Änderungsvorschläge und –anregungen unter lfd. Nr. 1-19 und 22-26 beauftragt der Sozial- und Gesundheitsausschuss das Dezernat 5, auf der Grundlage der Bielefelder Perspektiven 2009 die unterschiedlichen Bausteine des Konzeptes „Familienfreundliches Bielefeld“ in Kooperation mit den anderen intern und extern beteiligten Akteuren –insbesondere den Organisationseinheiten mit Fach- und Querschnittsaufgaben Gleichstellungsstelle, Demographische Entwicklungsplanung, Amt für Integration und interkulturelle Angelegenheiten- umzusetzen.

Das Dezernat 5 berichtet in regelmäßigen Abständen im Jugendhilfeausschuss und im Sozial- und Gesundheitsausschuss über die konkreten Umsetzungsschritte und -ergebnisse.

-einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 6 Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt -Sozialgesetzbuch II (SGB II)

**Zu Punkt 6.1 Sachstand zur Umsetzung des SGB II in Bielefeld
Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt Herrn Radloff und Herrn Richter zur heutigen Berichterstattung. Herr Radloff erläutert den als Tischvorlage verteilten Bericht über die Situation der Arbeitplus in Bielefeld GmbH (**Anlage 2**).

Auf Nachfragen von Frau Cascante-Maristany, Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage und Beigeordneten Herrn Kähler führt Herr Radloff aus, dass der Anteil der Frauen an der Anzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen insgesamt geringer sei als der Anteil der Männer. Dadurch sei bei der Darstellung der Entwicklung der Anzahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen bei den beiden Personengruppen „Hilfebedürftige Frauen“ und „Hilfebedürftige Frauen alleinerziehend“ kaum Bewegung zu erkennen. In der dargestellten Summe passiver Leistungen seien Transfer-Leistungen, insbesondere auch Kosten der Unterkunft enthalten. Auf Nachfrage von Frau Kammeier erläutert Herr Radloff die Gründe für die Nichterfüllung der festgesetzten Bundesziele durch die Arbeitplus in Bielefeld GmbH. Im Gegensatz zur Arbeitplus in Bielefeld GmbH hätten an-

dere Argen von vornherein geringere Ziele vorgegeben und die verhandelten Bundesziele nicht akzeptiert. Herr Richter teilt mit, dass im Rahmen intensiver Verhandlungen versucht werde, Vereinbarungen über die festzusetzenden Ziele zu erreichen. Sollte man zu keiner Einigung kommen, habe er den Auftrag, Vorgaben zu erteilen. Auf Nachfragen von Herrn Garbrecht erläutert Herr Radloff, dass die durchschnittliche Dauer von der Antragstellung bis zur Entscheidung der Erstanträge nicht aussagefähig sei, da keine einheitliche Definition vorliege, um diesen Durchschnittswert zu ermitteln.

Im Anschluss daran erläutert Herr Radloff die in der SGA-Sitzung am 12.08.08 geforderten Erweiterungen zukünftiger Quartalsberichte (**Anlage 3**). Herr Garbrecht äußert sein Unverständnis darüber, dass es keine Information darüber gebe, welche Personen aus der Zeit der Arbeitslosen- und Sozialhilfeleistungen bis heute im SGB II geführt würden. Nach seiner Auffassung müsse es möglich sein, einen Datenabgleich aus dem ehemaligen BSHG mit Stichtag 31.12.04 mit den heutigen Daten zu vollziehen. Herr Radloff räumt ein, einen solchen Abgleich noch nicht überprüft zu haben. Er sagt zu, einen derartigen Datenabgleich zu prüfen. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage gibt zu bedenken, dass für diese Personen sachgerechte Maßnahmen angeboten werden müssten. Um diesen Personenkreis in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, sehe sie es als notwendig an, spezielle Maßnahmen zu entwickeln. Fragen zur sozialrechtsinduzierten Arbeitslosigkeit, zu Leistungskürzungen und zur Nachhaltigkeit werden von Herrn Radloff und Herrn Richter beantwortet. Auf Nachfrage von Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage führt Herr Radloff aus, dass es Arbeitsstellen gebe, in die Personen ohne Qualifikation vermittelt werden können. Das Einkommen reiche oftmals nicht aus, so dass die Bewilligung ergänzender Leistungen erforderlich werde. Diese Personen würden dann zu dem Bereich der „Aufstocker“ gezählt. Herr Garbrecht hält die Arbeitsstellen für Frauen (S. 27 der Anlage 3) nicht richtig aufgefächert. Nach seiner Auffassung müssten die Altenpflege und die Krankenpflege separat aufgeführt werden. Wenn man sich die Zahlen aus diesem Bereich verdeutliche, müsse man eine vorausschauende Qualifizierungspolitik praktizieren. Herr Richter erläutert dazu, dass derzeit Fortbildungen stattfinden würden, in denen Interessenten in 160 Stunden zu Betreuungskräften ausgebildet werden. Diese könnten allerdings die Fachkräfte nicht ersetzen. Derzeit seien bereits fünf Personen von der Agentur für Arbeit vermittelt worden. Es gäbe derzeit einen Pool von Menschen, die für solche Tätigkeiten zur Verfügung stehen würden, der Bedarf sei ebenfalls da, aber die Träger hätten noch keine Einigung über die Bezahlung dieser Kräfte erzielt. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage gibt zu bedenken, dass die Beschäftigung von Betreuungskräften nicht zu Lasten der Fachkraftquote eingesetzt werden dürfe. Herr Garbrecht sieht die Fortbildung zu Altenpflegehelferinnen nicht als Perspektive von Jugendlichen, sondern lediglich als Einstiegsmöglichkeit. In der zurückhaltenden Nachfrage für ausgebildete Betreuungskräfte sehe er die derzeitige Unsicherheit der Träger in der Entscheidung zwischen Fachkräften oder Helfern. Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die Ausführungen des Landesministers, wonach es einen erheblichen Nachholbedarf gäbe. Frau Gemkow weist darauf hin, dass in dem gesamten Bereich der Altenpflege ein höherer Bedarf an Fachkräften, Pflegekräften und auch Betreuungskräften bestehe. Darüber hinaus gibt sie zu bedenken, dass nicht alle Menschen in der Lage seien, Tätigkeiten in der Altenpflege auszuführen. Herr Radloff teilt mit, dass derzeit über 60 % aller

Klienten im SGB II keine Berufsausbildung vorweisen könnten. Dadurch sei eine Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt nur schwer möglich. Durch die vorgenannten Fortbildungen versuche man, Perspektiven zu eröffnen und dadurch ihre Einstellung zu Beschäftigungsmöglichkeiten zu ändern. Nach den Ausführungen von Herrn Radloff über eingereichte Widersprüche und ihre Erledigung fragt Herr Donath nach, in wie vielen Fällen von abgelehnten Widersprüchen Klage erhoben worden sei und wie die Klagen ausgegangen seien. Eine entsprechende Antwort ist dem Protokoll beigefügt (**Anlage 4**). Beigeordneter Herr Kähler äußert Verständnis dafür, dass wegen des hohen Personalmangels die Flut der Widersprüche nicht zeitnah abgearbeitet werden konnte. Darüber hinaus regt er an, das Beratungsverhalten zu überdenken. Es bestünden unterschiedliche Auffassungen über die Erbringung der Beratungsleistungen durch das Land oder den Bund. Die bis zum 30.09.2008 bezuschussten Arbeitslosenberatungsstellen stünden nicht mehr zur Verfügung. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage gibt zu bedenken, dass durch eine bessere Beratung Widersprüche gesenkt werden könnten. Herr Garbrecht bittet um eine Aufstellung über die Kriterien, nach denen Widersprüchen stattgegeben werden müssen und über Ursachen für die Fehlerhaftigkeit der Bescheide. Nach Zusage von Herrn Radloff wird die Beantwortung dieser Frage dem Protokoll beigefügt (**Anlage 5**). Auf Nachfrage von Vorsitzender Frau Rathsmann-Kronshage erläutert Herr Hanke, dass im Rahmen von Rückforderungsbescheiden die Forderung verzinst werden müsste. Die Zinsfälligkeit der Rückforderung ergäbe sich aufgrund von Kassenbestimmungen. Ein Verzicht auf die Zinserhebung sei nicht möglich. Es bestehe aber die Möglichkeit einer Ratenzahlung.

Seitens der Arbeitplus wird im Nachgang zur Sitzung die Seite 31 der Anlage 3 korrigiert (Anlage 6).

Herr Radloff berichtet über die Durchlässigkeit der Integrationsstufen. Beigeordneter Herr Kähler bemängelt, dass in der Berichterstattung die Kundenkategorisierung nicht aufgeführt sei. Aufgrund der Darstellung nach Qualifikation, Motivation, Rahmenbedingungen, Sozialverhalten und gesundheitlichen Einschränkungen sei eine Vergleichbarkeit nicht möglich. Anregungen und Verbesserungsvorschläge für den Übergang in eine andere Integrationsstufe seien so nicht möglich. Herr Radloff erwidert, dass der Wechsel in eine andere Integrationsstufe nicht nachgewiesen werden könne. Solche Erhebungen müssten per Hand nachgehalten werden und seien personell nicht leistbar. Auf Nachfragen von Beigeordneten Herrn Kähler führt Herr Radloff aus, dass in der Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit anrechenbarem Einkommen aus Erwerbstätigkeit (S. 35 der Anlage 3) auch Personen enthalten sind, die im Rahmen von 400,00 €-Jobs tätig seien. Darüber hinaus erläutert Herr Richter, dass Personen, die mehr als 15 Stunden arbeiten, nicht mehr als arbeitslos geführt würden.

Zu Punkt 6.2

Kommunale Zielerreichung -Beantwortung der Nachfragen vom 12.08.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Radloff berichtet über die von Beigeordneten Herrn Kähler in der SGA-Sitzung am 12.08.08 gewünschten Themen (**Anlage 7**). Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage wünscht sich eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den im Lebenslagenbericht aufgeführten Personen. Insbesondere Familien mit Kindern müssten eine langfristige Begleitung erfahren. Eine Betreuung über ein halbes Jahr reiche nicht aus. Herr Radloff führt aus, dass für die Planungen 2009 noch einige Fragen zu klären seien. Insbesondere im Bereich „Personal“ und „Instrumenteneinsatz“ stünden noch Entscheidungen aus. Beigeordneter Herr Kähler weist darauf hin, dass der Bundesgesetzgeber derzeit einen Entwurf erarbeite, der sich mit der Verteilung der Steuerungskompetenz beschäftige. Auch hier bestünden unterschiedliche Standpunkte. Des Weiteren bleibe die Finanzierungsfrage zur Steuerungs- und Leistungskompetenz zu erörtern. Ziel sei es, diese Verhandlungen bis zum Jahresende abzuschließen.

Zum Abschluss teilt Herr Richter mit, dass aufgrund der hohen Beratungsleistungen in der BA und im Jugendhaus bis Weihnachten ein großer Teil der unversorgten Ausbildungsplatzbewerberinnen und –bewerber in Ausbildungsplätzen oder andere Maßnahmen vermittelt werden könnte. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich für die umfangreiche Berichterstattung.

-.-.-

Zu Punkt 7

Verteilung der Projektmittel für die offene Seniorenarbeit im Jahr 2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5800/2004-2009

Frau Schulz verweist auf die Beschlussvorlage und teilt darüber hinaus mit, dass der Seniorenrat der Vorlage bereits einstimmig zugestimmt habe. Es gibt keine Nachfragen.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die im Handlungsfeld Seniorinnen- und Seniorenförderung zur Verfügung stehenden Projektmittel werden in 2008 wie folgt eingesetzt:

Projekt	Träger	Förderung 2008
„SCHWUND“ – eine generationenübergreifende Theaterbegegnung	Alarm Theater e.V.	3.000 €
„Eule“ – erleben – unterrichten – lernen - experimentieren	Caritas-Verband Bielefeld e.V.	1.500 €
Multiplikatorenschulungen zu den „7 Bielefeldern“	Stadtsporthalb Bielefeld e.V.	2.500 €
Sport und Bewegung für Hochaltrige	Bielefelder Turngemeinde e.V.	1.000 €

„Jasmin“ – Gruppe für ältere Migrantinnen	AWO Kreisverband Bielefeld e.V.	700 €
„Älter werden in Deutschland“	Deutsches Rotes Kreuz	1.300 €
„PATMA“ – Patenschaften für Menschen mit Altersdepressionen und Ängsten im Alter	Ev. Gemeindedienst	660 €
Therapie- und Kreativgruppe für jüngere Demenzkranke	Alzheimer Gesellschaft Bielefeld e.V.	2.500 €

- einstimmig beschlossen -

~*~

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

~*~

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.